

Sogar FDP und SVP wollen mehr AHV

Der Gegenvorschlag zur Mitte-Initiative für Ehepaare führt zu beträchtlichen Mehrkosten – im Nationalrat wird es knapp

FABIAN SCHÄFER

Werden sie das wirklich durchziehen? Manche Mitte-Politiker wissen sehr genau, wie fragwürdig die AHV-Initiative ihrer Partei ist. Sie verlangt höhere Renten für Ehepaare, obwohl diese bereits heute privilegiert sind und obwohl die AHV auch ohne diesen Ausbau nicht ausreichend finanziert ist. Mit Mehrkosten von 3,5 bis 4 Milliarden Franken im Jahr kommt die Mitte-Initiative beinahe an die 13. AHV-Rente heran, die das Volk vor einem Jahr beschlossen hat. Doch das Begehren gilt als populär, und die Mitte macht bis jetzt keine Anstalten, sich auf einen Kompromiss einzulassen.

Das sorgt für Nervosität im bürgerlichen Lager. In der laufenden Session befasst sich das Parlament zum ersten Mal mit der Initiative, allerdings nur indirekt: Der Nationalrat diskutiert kommende Woche über einen möglichen Gegenvorschlag, der das Anliegen zwar aufnehmen, den Schaden für die AHV aber eindämmen soll.

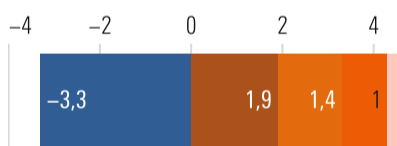
Eine Milliarde pro Jahr

Das ist nicht ganz einfach, wie sich nun zeigt. SVP, FDP und GLP haben hinter verschlossenen Türen einen gemeinsamen Gegenvorschlag erarbeitet. Mittlerweile liegen die amtlichen Zahlen dazu vor, die zeigen, was die finanziellen Folgen wären. In den ersten Jahren wäre der Gegenvorschlag praktisch kostenneutral oder würde die AHV sogar leicht entlasten. Doch diese Phase dauert nicht lange. Ab 2029 sind Mehrausgaben zu erwarten, die danach sukzessive zunehmen.

Die Vorteile der Ehe übersteigen die Nachteile

Auswirkungen der zivilstandsabhängigen Regelungen der AHV, in Mrd. Fr. im Jahr (Minus = Einsparungen, Plus = Mehrbelastung)

- Plafonierung der Ehepaarrenten
- Hinterlassenenrenten
- Rentenzuschlag für Verwitwete
- Einkommensteilung (Splitting)
- Beitragsbefreiung*



* Nichterwerbstätige Ehepartner zahlen keine AHV-Beiträge

QUELLE: BUNDESAMT FÜR SOZIALVERSICHERUNGEN

NZZ / fab.



Wer heiratet, hat in der AHV einen Nachteil, aber auch mehrere Vorteile, von denen seltener die Rede ist.

CHRISTIAN BEUTLER / KEYSTONE

Die Berechnungen reichen bis in das Jahr 2040. Bis dahin erreichen die dauerhaften Mehrkosten des Gegenvorschlags ein Niveau von rund einer Milliarde Franken im Jahr. Somit würden die ohnehin drohenden Lücken in der AHV-Finanzierung mit dem bürgerlichen Gegenkonzept noch grösser ausfallen. Auch ohne dieses sind gemäss den jüngsten Zahlen des Bundes 2040 bereits Defizite von ungefähr 3 Milliarden Franken im Jahr zu erwarten.

Mit anderen Worten: Mittlerweile scheinen alle Parteien von links bis rechts bereit zu sein, die AHV weiter auszubauen, obwohl dafür die Mehrwertsteuern und die Lohnbeiträge schon wieder erhöht werden müssten und obwohl die Zahl der pensionierten Bezüger auf Jahre hinaus stärker zunimmt als die der jüngeren Einzahler.

Dass SVP, FDP und GLP dazu Hand bieten, zeigt, für wie gefährlich sie die Mitte-Initiative halten. Ihr Gegenvorschlag würde aber nicht nur die Umverteilung von Jung zu Alt weiter anheizen, sondern zusätzlich die Leistungen für Witwen und Witwer reduzieren.

Heute gelten für verheiratete und ledige Paare unterschiedliche Regeln, wobei die Ehe fast immer auf der Gewinnerseite steht. Einen einzigen Nach-

teil gibt es – und diesen will die Mitte-Partei mit ihrer Initiative denn auch abschaffen: die «Plafonierung». Sie besagt, dass Ehepaare höchstens 150 Prozent einer maximalen Einzelrente erhalten, während Konkubinatspaare bis zu 200 Prozent beziehen können.

Das führt dazu, dass Verheiratete bis zu 1300 Franken im Monat weniger erhalten als gleich situierte Konkubinats-

Initiative sollte nackt an die Urne kommen

Kommentar auf Seite 20

paare. Dadurch spart die AHV 3,3 Milliarden Franken im Jahr. Das ist viel Geld, doch die verschiedenen Vorteile, von denen Verheiratete exklusiv profitieren, fallen mit rund 4,5 Milliarden stärker ins Gewicht.

Der gewichtigste Vorteil, die Renten für Witwen und Witwer, ist breit bekannt. Hingegen gehen zwei andere wichtige Sonderregeln oft vergessen. Erstens: Verheiratete Pensionierte erhalten nach dem Tod ihres Partners lebenslange Rentenzuschläge von 20 Prozent, höchstens jedoch die Maximalrente.

Zweitens profitieren Ehepaare bei der Berechnung ihrer Altersrenten von den Spezialregeln des «Splittings»: Die während der Ehe erzielten Einkommen werden addiert und hälftig auf beide Partner aufgeteilt. Dadurch erhöht sich in vielen Fällen die gesamte Rentensumme des Paares, vor allem viele Frauen erhalten höhere Renten.

Alles in allem stehen die Verheirateten damit klar auf der Gewinnerseite der AHV-Umverteilung. Das bedeutet nicht, dass jedes einzelne Ehepaar besser wegkommt als ein lediges Paar in den gleichen Umständen. Verheiratete mit guten Einkommen, die das Glück haben, gemeinsam alt zu werden, würden bei der AHV oft tatsächlich besser fahren, wenn sie nicht geheiratet hätten.

Aber die Ehepaare als Gesamtheit können sich nicht beklagen, ihr von der Allgemeinheit finanzierter «Bonus» gegenüber den Unverheirateten beträgt unter dem Strich gut eine Milliarde Franken im Jahr.

Keine Zuschläge für Verwitwete

Hier setzt der Gegenvorschlag von SVP, FDP und GLP an: Sie wollen einerseits den Nachteil der Ehe – die Plafonierung – abschaffen, wie dies die Mitte-Partei ver-

langt. Andererseits schlagen sie aber auch vor, gleichzeitig den Grossteil der bestehenden Vorteile zu streichen. Renten für Hinterlassene soll es künftig nur noch für Personen mit Kindern geben, für diese jedoch unabhängig vom Zivilstand, und nur noch, bis das jüngste Kind 25-jährig ist. Die Rentenzuschläge für Verwitwete sollen ganz abgeschafft werden.

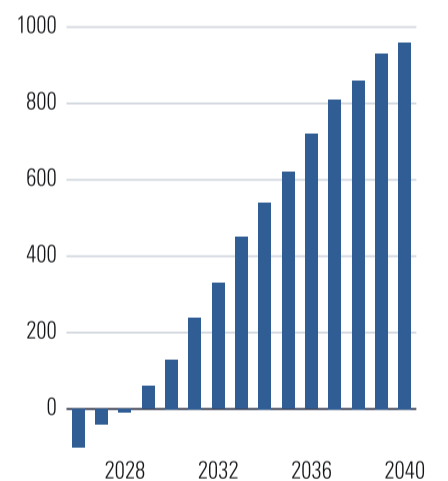
Die Wirkung wäre relativ klar: Vom Wegfall der Plafonierung profitieren jene Ehepaare am stärksten, denen es finanziell am besten geht. Hingegen würden Verheiratete mit tiefen Einkommen drauflegen, weil sie keine höheren Renten bekämen, für die Finanzierung aber mehr Lohnbeiträge oder Mehrwertsteuer bezahlen müssten. Auch die Abschaffung der Zuschläge für Verwitwete trübe vor allem Personen, die weniger gut abgesichert sind. Die Linke und die Mitte lehnen einen solchen Gegenvorschlag ab.

Nächste Woche wird es auf jede Stimme ankommen, wenn der Nationalrat über den Gegenvorschlag entscheidet. SVP, FDP und GLP verfügen mit 105 Stimmen nur über eine knappe Mehrheit gegenüber den 95 Stimmen von Mittel-links. Wenn einzelne Nationalräte fehlen oder von der Parteilinie abweichen – was bei der SVP nicht überraschend wäre –, kann der Gegenvorschlag scheitern.

Möglich ist auch, dass es einen Gegenvorschlag gibt, dieser aber anders aussieht. Zur Diskussion stehen mindestens fünfzehn Varianten mit unterschiedlichen Eckwerten. Woher der Wind weht, ist aber eindeutig: Dreizehn Varianten wären für die AHV noch teurer als der Vorschlag von SVP, FDP und GLP.

Die Kosten des Gegenvorschlags würden mit der Zeit stark steigen

Auswirkungen auf die AHV-Ausgaben, in Mio. Fr.



QUELLE: BUNDESAMT FÜR SOZIALVERSICHERUNGEN

NZZ / fab.

Die Luchsin, die auch bereit ist, «die Krallen zu zeigen»

Yvonne Bürgin wird Fraktionschefin der Mitte – sie übernimmt eine der schwierigsten Aufgaben im Parlament

SAMUEL TANNER

Im besseren Fall wird Yvonne Bürgin, die neue Fraktionschefin der Mitte, in den nächsten Jahren zu einer mächtigen Figur im Bundeshaus. Im schlechteren Fall zu einer ohnmächtigen. Wer die Mitte-Fraktion präsidiert, führt ein «Ensemble von Primadonnen», wie es selbst intern heisst. Das erklärt sich aus der politischen Konstellation: Weil weder die Linke noch die Rechte allein die Macht hat, liegt die Macht oft in der Mitte – entsprechend selbstbewusst (und schwer führbar) sind ihre Abgeordneten im National- und, besonders, im Ständerat. Immer wieder diffundiert die Macht der Mitte irgendwo auf den Gängen des Bundeshauses, zwischen den beiden Ratskammern.

Genau das wenigstens so oft wie möglich zu verhindern, wird künftig die Aufgabe von Yvonne Bürgin sein. Erwartungsgemäss hat sie sich am Dienstagmittag parteiintern gegen Maya Bally, eine Nationalrätin aus dem Aar-

gau, durchgesetzt. Wie der neue Parteipräsident Philipp Matthias Bregy, ihr Vorgänger im Amt, habe sie «ein Sportlerherz». Im Hearing habe sie betont, «dass ich eine Wettkämpferin bin, die gewinnen will – so möchte ich auch die Mitte weiterbringen».

Helvetische Ochsentour

Bürgin kennt ihre neue Rolle bereits, in einem kleineren Format: Vier Jahre lang war sie einst Fraktionschefin der CVP im Zürcher Kantonsrat. Ihr politischer Weg ist die klassische helvetische Ochsentour: erste Ämter im Turnverein von Rüti im Zürcher Oberland, ihrem Heimatort, später Schulpflegerin, Kantonsrätin, Ortsparteipräsidentin, inzwischen ist sie auch Gemeindepräsidentin.

Und ihre politische Heimat? «Liegt in der Mitte der Mitte», sagt sie. Schon als Kantonsrätin wurde sie wahlweise als «klar links von der Mitte» (SVP) oder als «gewerbe-affin» (FDP) bezeichnet. Wer sich durch ihre politische Biogra-



Yvonne Bürgin
Neue Fraktionschefin der Mitte

fie liest, der begegnet einer klassischen CVPlerin: Sie politisiere «mit Anstand», erklärte sie schon früh, sie orientiere sich an «menschlichen und christlichen Werten». Zielten Voten direkt auf sie als Person, reagiere sie nicht: «Würde ich kontern, wär's Kindergarten.» Sie bezeichnet sich als «stille Schafferin», die erst lauter werde, wenn sie sattelfest sei. Dennoch attestierte man ihr schon im Kantonsrat, eine «Frau der markigen Worte» («Zürcher Oberländer») zu sein. Sie engagierte sich gleichzeitig bei den Hauseigentümern und bei Pro Natura. Sie sprach sich für den Atomausstieg aus, aber auch für einen bürgerlichen

Sparkurs im Kanton Zürich. Danach gefragt, welches Tier sie wäre, sagte sie im Jahr 2015: «ein Luchs – mit Samtpfoten auf dem politischen Parkett unterwegs, auch bereit, die Krallen zu zeigen».

Typischer Machtinstinkt

Wie Yvonne Bürgin den Kurs der Partei künftig beeinflussen wird? Das ist beim Personal der Mitte nie leicht vorauszusagen. Die anderen beiden zentralen Parteiposten haben in diesem Jahr zwei Männer aus dem schon untergegangenem glaubten katholischen Milieu übernommen: Der neue Bundesrat Martin Pfister aus Zug ist als Historiker am katholisch-konservativen Bundesrat Philipp Etter geschult, wurde am Ende aber von Linken und Liberalen gewählt. Und der neue Parteipräsident Philipp Matthias Bregy stammt aus der alten und konservativen CVP-Hochburg Oberwallis, will aber den sozialpolitischen Linkskurs beibehalten, die Gerhard Pfister vorgegeben hat. Yvonne Bürgin ist eine Vertreterin

jener vorstädtischen Gebiete, in denen die neue Mitte wachsen will.

Aufgefallen ist Bürgin in den vergangenen Monaten auch mit einer sehr Mitte-typischen Eigenschaft: Machtinstinkt. Als mit Gerhard Pfister im Januar der langjährige gefühlte alleinige Leader der Mitte als Präsident zurücktrat (und mit dem Bundesrat kokettierte), war es Bürgin, die in der «Arena» von SRF die Macht aus Pfister entwichen liess. Mehrfach sagte sie, dass sie «eine jüngere Person» präferieren würde, zudem «eine breite Auswahl», ein Ticket auch mit einer Frau. Irgendwann sagte der Moderator Sandro Brotz, das gleiche ja einem «Dolchstoss» gegen Pfister.

Als es darum ging, ob sie Parteipräsidentin werden wolle, schrieb Bürgin eine kryptische Medienmitteilung, in der sie zwar nicht ihre Kandidatur bekanntgab, aber doch, dass sie sich für eine zentrale Position in der Mitte-Machtarchitektur interessiere. Dieser Wunsch hat sich am Dienstagmittag erfüllt mit der Wahl zur Fraktionschefin.